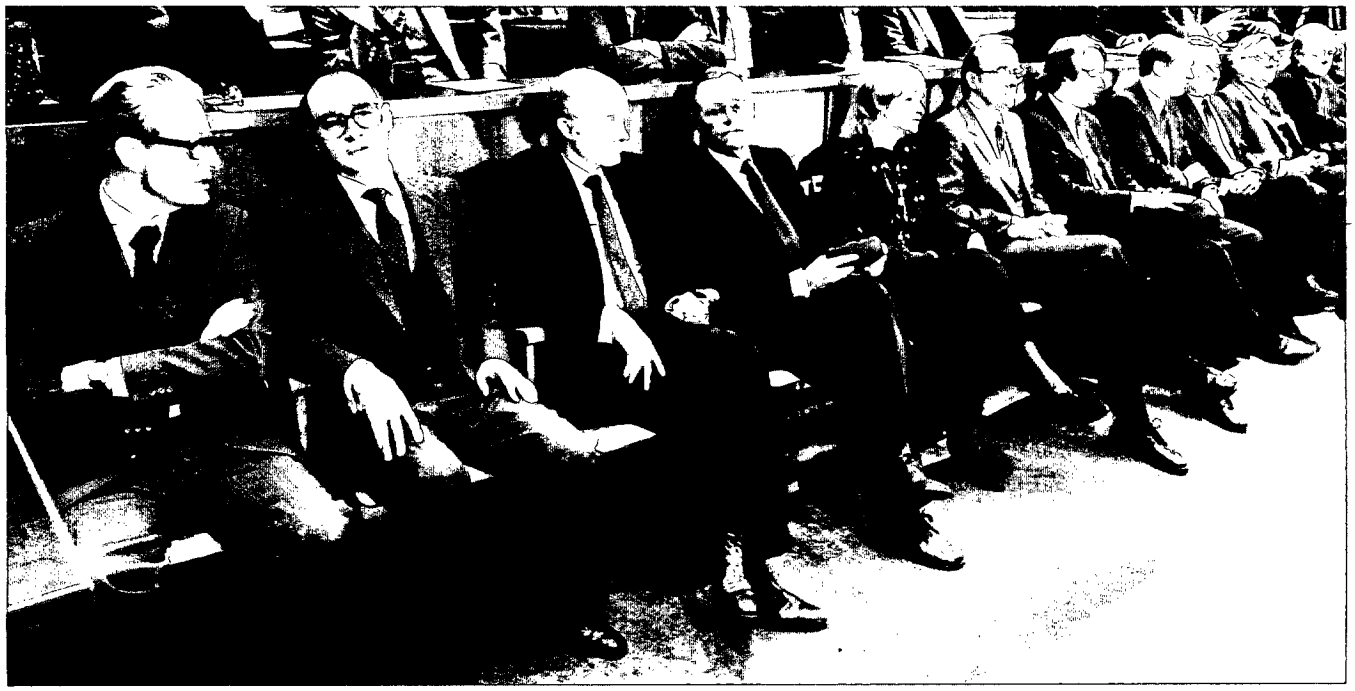


Regierender Bürgermeister Vogel, Senatoren*: „Nichts hinschmeißen, nichts aufgeben, neu anfassen"

West-Berlin: „Wunder in der großen Not"

Der glatte Sieg des Sozialdemokraten Hans-Jochen Vogel

Der U-Boot-Krieg fand nicht statt. Was die Sozialdemokraten und die Freidemokraten in Berlin bis zur letzten Minute befürchtet hatten, ein geheimes Votum gegen den neuen Regierungschef, blieb aus. Hans-Jochen Vogel, der Retter, war da.

73 Stimmen bekam des Kanzlers bester Mann im Berliner Abgeordnetenhaus, eine Stimme mehr, als der sozialliberalen Koalition (SPD 61, FDP 11) aus eigener Masse zu Gebote standen.

Und da zumindest ein Liberaler, der rechtsgelagerte Hermann Oxfort, aus seiner Unlust an einer Fortsetzung der so arg gebeutelten Regierungskoalition nie einen Hehl gemacht hatte („Ich bin ein feindliches Schlachtschiff, aber kein U-Boot"), mußten mindestens zwei Stimmen von der CDU für Vogel abgegeben worden sein — nach dem Stobbe-Reinfall eine verblüffende Wende.

Ebenso glatt, mal eine Stimme mehr, mal eine weniger, brachte Vogel im Berliner Stadtparlament seine handverlesene Senatsmannschaft durch — von Dahrendorf (früher Justizsenator in Hamburg) bis Gaus (früher Bonns Ständiger Vertreter in Ost-Berlin). Just an jenem Tage, an dem die CDU auf Anhieb 40 000 Unterschriften für ihr Neuwahl-Begehren sammelte, schienen mit einem Mal die Selbstzweifel verflogen, die Berlins abgeschlaffte, affärenbeladene SPD während der letzten beiden Wochen so erkennbar plagten.

Am Ende hatten die „U-Boot"-Parlamentarier in den Reihen der SPD und FDP, die den redlichen, aber blassen Regierenden Bürgermeister Stobbe mit seinem mittelmäßigen Senat aus dem Amt torpedierten, recht getan? Wie sonst hätte West-Berlin zu einem so respektablen Senat kommen können — in dem freilich nur noch zwei Berliner sitzen; mehr hat die zerschlissene Partei nicht mehr zu bieten.

Die war schon außer sich vor Freude, daß sich überhaupt ein Mann von Format bereit erklärt hatte, das Heft bei so einer „maroden" Parteigliederung, wie Bundeskanzler Schmidt die Berliner SPD einstuft, in die Hand zu nehmen. „Ein Gefühl wie Weihnachten" sei aufgekommen in der Fraktions- und Vorstandsrunde, wo Vogel am Donnerstag seine Mannschaft präsentierte, beschreibt es ein Teilnehmer. Und für Harry Ristock, den altgedienten Linken, war gar ein „Wunder" geschehen „in der großen Not".

Binnen einer knappen Stunde waren in der SPD Programm wie Mannschaft akzeptiert — nach der Devise, die Willy Brandt am Abend zuvor auf einem Sonderparteitag ausgegeben hatte: „Nichts hinschmeißen, nichts aufgeben, neu anfassen!"

Zwar gab es in der geheimen Probeabstimmung für die ursprünglich als Jugendsenatorin vorgesehene Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin — sie sagte später ab, an ihre Stelle rückte die nordrhein-westfälische SPD-Abgeordnete Anke Brunn — sowie bei dem amtierenden Kultursenator Dieter Sauberzweig je eine Enthaltung. Doch der Fraktionsgeschäftsführer und designierte Chef der Senatskanzlei Rainer Papenfuß war trotzdem sicher: „Alle haben erklärt, daß sie alle wählen wollen."

Stimmungsumschwung binnen Tagen auch bei der Koalitionspartnerin FDP. Noch am Dienstag hatte ein erheblicher Teil der Delegierten im Landesausschuß, dem höchsten Beschlußgremium zwischen den Parteitagen, sofortige Neuwahlen im Sinn. Die Fortsetzung des Bündnisses mit den Sozialdemokraten „wäre eine Koalition gegen das Volk", und der rechte Flügel in Gestalt von Hermann Oxfort streute Tag für Tag in die Blätter, die SPD sei „regierungs-" und deswegen auch „koalitionsunfähig".

Am Donnerstag aber waren auch die Freidemokraten wie ausgewechselt. Nur Oxfort enthielt sich beim Fraktionstest der Stimme, obwohl auch er Vogel als „einen sehr guten Mann" und dessen Riege als „respektabel" einstufte. Andere Freidemokraten zeigten sich merklich beeindruckt. „Mann, ist das 'ne Liste", staunte der unlängst abgetretene Parteigeschäftsführer Heinz Kaschke.

Der Landesvorsitzende Wolfgang Lüder meinte ebenfalls, Vogel habe

* V. l. n. r.: Brunner, Ulrich, Konow, Anke Brunn, Porzner, Ueberhorst, Dahrendorf, Sauberzweig, Gaus, Meier.

„eine exzellente sozialdemokratische Liste" zustande gebracht, „neben der wir Mühe haben werden". Und der Berliner Fraktionschef Horst Vetter, Inhaber eines Glückwunschkarten-Vertriebs, konnte den glänzenden Eindruck des künftigen Regierungschefs selber mit Worten gar nicht mehr ausdrücken: „Die Vorstellung von Dr. Vogel war überzeugender, als man dies durch Berichterstattung deutlich machen kann."

Was macht den Mann aus Bonn, der bei seinen Auftritten in Berlin mit ernstem Gesicht und hängenden Schultern eher wie ein gerupfter Politiker denn wie ein Garant für die Zukunft wirkte, so eindrucksvoll? Kann der vielgelobte Sozialdemokrat mit dem unverkennbar bayrischen Tonfall die Dinge wenden in Berlin?

Am 17. Juni, darauf haben sich die Fraktionen Ende letzter Woche so gut wie geeinigt, wird es Neuwahlen geben — und nur diese fünf Monate haben Vogel und seine Senatoren Zeit, den in der Stadt allenthalben spürbaren Bürgerverdruß gegenüber der SPD und FDP abzubauen.

Daß er sein Ministeramt in Bonn preisgab, um das Berliner „Himmelfahrtskommando" zu übernehmen, wie der frühere Berlin-Chef Klaus Schütz das Amt des Regierenden Bürgermeisters einmal bezeichnet hat, schlägt bei den Berlinern schon jetzt zu Buche. Aber auch in der Sache spricht manches für ihn:

Kein anderer Sozialdemokrat, außer dem einstigen Berliner Stadtchef Willy Brandt, hat soviel stadt- und obendrein bundespolitische Erfahrungen gesammelt wie er. In Bonn zählte Vogel zu den dienstältesten Ministern, in den 4444 Tagen seiner Amtszeit als Münchner Oberbürgermeister (1960 bis 1972) entwickelte er sich zum fähigsten und populärsten Kommunalpolitiker seiner Partei.

Das Ansehen des Münchner Oberbürgermeisters wuchs seinerzeit von Jahr zu Jahr. 1960 hatte er — gegen den CSU-Mitbegründer Josef („Ochsensepp") Müller — die OB-Wahl mit fast 65 Prozent der Stimmen gewonnen. Sechs Jahre später kam der „Karajan der Kommunalpolitik", wie ihn eine Schweizer Zeitung nannte, auf fast 80 Prozent.

Sein guter Ruf von ehedem wirkt noch immer nach. Nicht ohne Schadenfreude registriert der Sozialdemokrat, wie glücklos sein christsozialer Nachfolger Erich Kiesl derzeit im Bürgermeisteramt agiert. Mit einem Wilhelm-Busch-Zitat entfesselt Vogel in Münchner Versammlungen regelmäßig Beifallsstürme:

> Wenn einer, der mit Mühe kaum gekrochen ist auf einen Baum, schon glaubt, daß er ein Vogel wär', so irrt sich der.



Münchner Stadtchef Vogel (1966): Mit dem Erfolg wuchs die Eitelkeit

Die bayrische Hauptstadt verdankt ihrem OB Vogel jenen gewaltigen Investitionssprung, den die Olympischen Spiele 1972 ermöglichten, die er mit einer glänzend präparierten Bewerbung in seine Stadt geholt hatte. Mit Bundes- und Landeshilfe konnte binnen weniger Jahre realisiert werden, wozu München sonst Jahrzehnte gebraucht hätte: Sanierung von Altbausubstanz, neue Umgehungsstraßen, Bau von U- und S-Bahnen, längst notwendige Sportstätten mit einem citynahen Modell-Stadtteil.

Aber Olympia bot ihm nur die Gelegenheit voranzutreiben, was ihm ohnedies wichtig war. Als erster deutscher Oberbürgermeister richtete Vogel in München ein Stadtplanungsamt ein, ließ einen Stadtentwicklungsplan erarbeiten. Als Präsident des Deutschen Städtetages forcierte er, bahnbrechend, die Stadtforschung. Früher als andere Kommunalpolitiker forderte er eine Reform des Bau- und Bodenrechts.

Und genau an den Münchner Vogel kann der Berliner Vogel nun anknüpfen. Auf dem SPD-Parteitag, der seiner Wahl letzte Woche voraufging, akzentuierte er sofort jene Themen, mit deren überfälliger Aufarbeitung Sozialdemokraten im bevorstehenden Wahlkampf am ehesten wieder Profil gewinnen könnten: Jugend, Bau- und Wohnungswesen.

Vogel in Berlin:

- „Hätten wir ein Bodenrecht, das Grund und Boden nicht wie eine x-beliebig vermehrbare Ware behandelt, sondern wie ein elementares Bedürfnis —
- so entfielen entscheidende Kristallisationspunkte für die latent vorhandene Bereitschaft zur Gewaltanwendung;
- darum steckt in der Überwindung dieser konkreten Mißstände mehr Prävention und mehr Gefahrenabwehr als in noch so energischer Tätigkeit der Polizei und der Gerichte."

Da zeige einer deutlich „rote Flagge", freute sich ein Parteitagsdelegier-

ter in Berlin — und im Überschwang der Stunde wurde so manchem Genossen gar nicht bewußt, daß Retter Vogel seinerzeit in München nicht nur reüssiert hatte (als Kommunalchef), sondern auch gescheitert war (als Parteiführer).

Vogel hatte in den 60er Jahren nicht zuletzt deshalb mühelos aufsteigen können, weil die SPD ihn zunächst nach Belieben schalten und walten ließ. Wenn er mit seiner Glocke (Aufschrift: „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht") die Stadtrats-Genossen zur Vollversammlung zusammenklingelte, gab es selten Widerspruch.

Was die SPD-Fraktion damals an Anträgen und Vorschlägen im Plenum einbrachte, stammte, wie sich ein SPD-Rat erinnerte, „fast vollzählig von Vogel selber". Der OB über sein Rathaus-Regiment: „Daß der Dr. Vogel Formulierungshilfen gibt oder das gleich runterdiktiert, ja, Entschuldigung, ist das schädlich?"

Vogels Führungsstil, angelegt auf Autorität statt Kollegialität, ließ den erfolgverwöhnten Stadt-Kommandanten schließlich an der Parteipolitik verunglücken. Als Ende der sechziger Jahre radikal-demokratisch und marxistisch gestimmte Junggenossen aus der Apo in die SPD strömten, reagierte Vogel („Links von mir ist der Abgrund") auf die ungewohnte innerparteiliche Kritik mit Arroganz und Ausschlußverfahren — was die Krise der Münchner Sozialdemokratie auf die Spitze trieb.

So starrköpfig verhielt sich der OB, daß er herbe Kritik auch von jenem Genossen einstecken mußte, der ihn jetzt an die Spree befördern half: Peter Glotz, seinerzeit Vizevorsitzender der Bayern-SPD, gab einen Schlichtungsauftrag des Vorstands mit dem Kommentar zurück, Vogel steuere einen „Kaputt-Kurs".

„Mit seinen Erfolgen wuchs seine Eitelkeit", urteilte damals Vogels späterer Pressesprecher Sepp Binder in der Hamburger „Zeit", „gegenüber Kritik bekam er eine dünne Haut." Wegen der andauernden Auseinandersetzungen verzichtete Vogel 1972 auf eine erneute OB-Kandidatur. Zwei Jahre später scheiterte er, mit 30,2 Prozent, als Spitzenkandidat bei der bayrischen Landtagswahl.

Einer seiner Genossen hatte mit der Möglichkeit solchen Versagens schon früh gerechnet: Herbert Wehner. Als Vogel mit 34 Jahren zum jüngsten Bürgermeister einer Millionenstadt gewählt worden war, telegraphierte ihm der Bonner: „Herzlichen Glückwunsch — stop — jetzt kommt es darauf an, menschlich damit fertig zu werden."

In Bonn glich Vogels Start einer Bauchlandung. Als der von Willy Brandt 1972 frisch ernannte Städtebauminister seine Kabinettskollegen als pedantischer, besserwisserischer Dauer-

MWI/NCK

NORTH SEA FERRIES

Entdecken Sie die Luxus-Route Richtung Schottland. Auf unserem „Hotel" inkl. 5-Gänge-Dinner, Morgentee ans Bett und Frühstück.

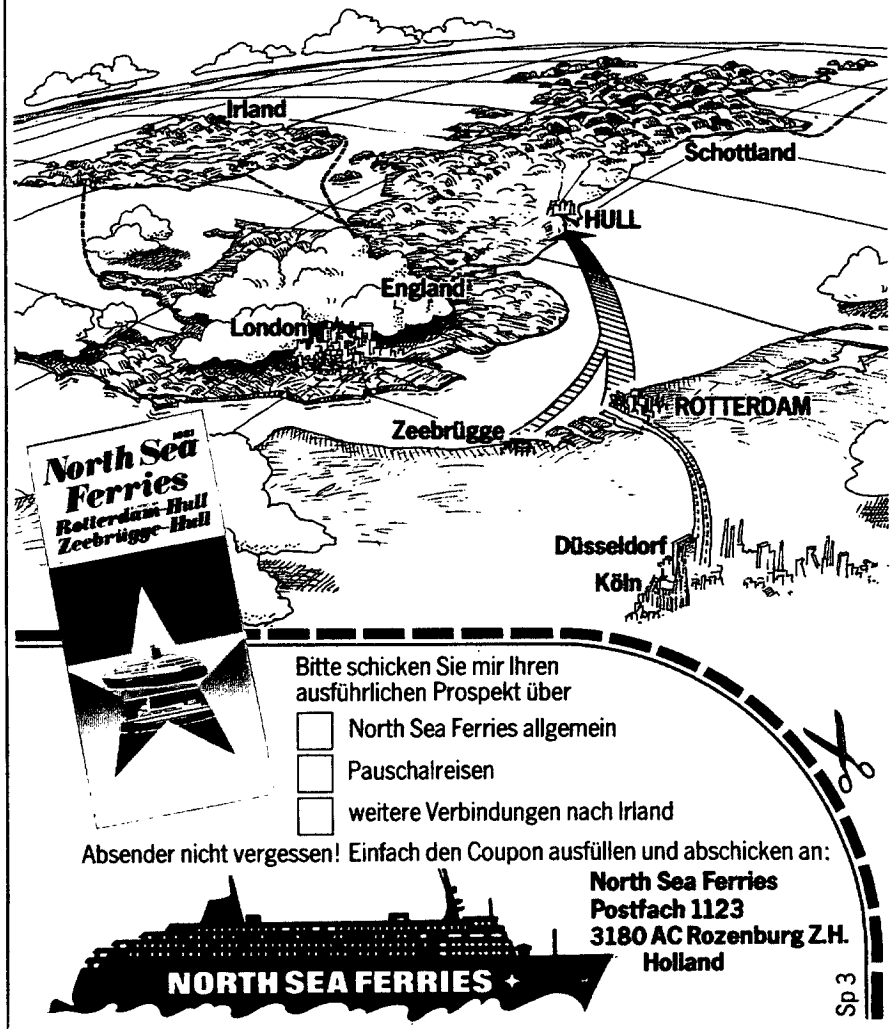
Abfahrt: täglich 18.00 Uhr ab Rotterdam Europoort/Zeebrügge
Ankunft: 8.00 Uhr Hull (9.00 Uhr von Zeebrügge)

Urlaub muß nicht mit Streß beginnen. Schon gar nicht, wenn Sie nach England, Irland oder Schottland wollen.

Ein 5-Gänge-Dinner, Morgentee ans Bett, englisches oder kontinentales Frühstück – unser schwimmendes Hotel bietet alles inklusive.

Genug Zeit findet sich für den zollfreien Einkauf, den Tanz in der Disco oder für ein Glücksspiel im Casino.

Um 8.00 Uhr gehen Sie an Land. Ausgeruht und nur einige Fahrstunden von Schottland oder Wales entfernt. Wer bringt Sie bequemer hin?



Bitte schicken Sie mir Ihren ausführlichen Prospekt über

- ☐ North Sea Ferries allgemein
- ☐ Pauschalreisen
- ☐ weitere Verbindungen nach Irland

Absender nicht vergessen! Einfach den Coupon ausfüllen und abschicken an:

North Sea Ferries
Postfach 1123
3180 AC Rozenburg Z.H.
Holland

NORTH SEA FERRIES

Sp 3

Den Kanzler im Kanal gefangen

Abhöraffäre offenbart Schwachstellen im Telephonverkehr mit Berlin

Gegen Mittag berieten sich Kanzler und Krisenmanager am Telephon. Peter Glotz in Berlin nahm die Bürgermeister-Kandidaten durch, Helmut Schmidt in Bonn gab seine Zensuren dazu: „Nicht zu empfehlen", „zu jung", „keinen Anlaß, den Wischnewski einer maroden Berliner Partei zum Fraße vorzuwerfen".

Das war Freitag vorletzter Woche. Am nächsten Morgen stand es im Berliner „Abend".

Das Gespräch war von Unbekannt mitgeschnitten worden, zur Senatskrise gab's nun auch noch die Abhöraffäre. Für die Sozialliberalen war eins fast so schlimm wie das andere, „ein ganz mieses politisches Süppchen", so Berlins FDP-Fraktionschef Horst Vetter über den Lauschangriff.

Blitzartig wie die Krise war auch das Tonband gekommen. Gut sechs Stunden nach dem Telephonat, gegen 18.30 Uhr, lag es in der stillen Potsdamer Straße im Schnee. Dort, bei Vertriebskaufmann Thomas Teinze, meldete sich ein anonymer Anrufer: „Für den ‚Abend' liegt etwas Wichtiges draußen." In der belebten Tauentzienstraße, Sitz der „Abend"-Redaktion bis zur Einstellung des Blattes am Freitag letzter Woche (siehe Seite 90), wäre die Ablage womöglich beobachtet worden; so aber blieb der Überbringer unentdeckt.

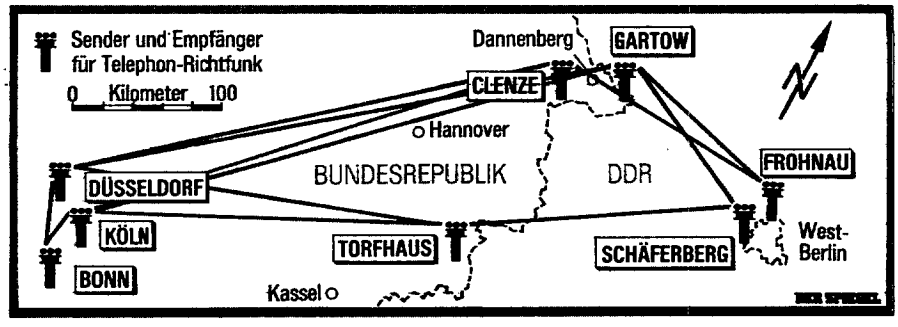
Beim Abspielen erkannte Chefredakteur Karsten Peters: „Ein höchst brisantes Gespräch." Schmidt, Glotz, das Thema — alles gut zu hören. Ein Anwalt wurde konsultiert, schließlich nur ein kleiner Teil des Telephonats in Druck gegeben, Brisanteres weggelassen.

Dem Fernmeldetechnischen Zentralamt (FTZ) in Darmstadt lieferte die Tonkassette erste Hinweise, woher die Aufnahmen — neben dem Schmidt/Glotz-Gespräch auch Telephonate vom ehemaligen Regierungssprecher Klaus Bölling mit einer West-Berliner Pressekorrespondentin, einer Berliner „Handelsblatt"-Redakteurin mit einem Kollegen in Düsseldorf sowie zweier bislang Unbekannter — eigentlich stammten: offenbar aus der Berliner Luft, dem drahtlosen Richtfunkverkehr zwischen der Halbstadt und der Bundesrepublik.

Denn die Bandaufzeichnungen waren zeitweise von funktypischen Nebengeräuschen, Gesprächen auf Nachbarkanälen, dem Telephonfreizeichen und der Anwahl von Anschlüssen so stark überlagert, daß schon deshalb das Anzapfen von Strippen unwahrscheinlich schien, Meßwerte deuteten auf den Berliner, nicht den westdeutschen Äther als Tatort, auch nicht auf die DDR.

Daß Richtfunkstrecken im Telephonnetz Schwachstellen für Lauscheinbrüche bieten, ist in Fachkreisen längst ausgemacht. Mit handelsüblichen, leicht verbesserten Empfangsgeräten, deren Verwendung zwar strafbar, deren Erwerb aber nicht verboten ist, kann jeder versierte Bastler seinen Empfänger präparieren und im Richtstrahl mithören. Die Telephongespräche werden über die DDR hinweg nicht technisch kodiert („zerhackt"), auch nicht teilweise, wie die Post bisweilen behauptet.

Ein Teil der insgesamt 8000 Telephonkanäle zwischen Berlin und Bund



läuft über Kabel mit druckluftgeschützter Außenhaut durch die DDR.

Sender und Empfänger für den anderen Teil, den Richtfunk, befinden sich seit etwa zehn Jahren auf dem Schäferberg am Wannsee und im Stadtteil Frohnau, auf Bundesgebiet in Gartow und Clenze (Kreis Lüchow-Dannenberg) sowie im Harz-Sender Torfhaus. Letzten Herbst wurde zusätzlich eine Strecke zwischen Frohnau und Gartow über höhere Masten (344 Meter) in Betrieb genommen. Nach Bonn laufen die Gespräche über Köln weiter, in Bedarfsfällen bei stärkerem Telephonverkehr auch über Düsseldorf. Von den älteren Berliner Postfunkstellen rieseln Streuwellen in die Umgebung, die stellenweise etliche Kilometer weit genügend Energie zum Anzapfen liefern. Als Mithörer kommen Geheimdienste aus Ost und West ebenso in Frage wie lizenzierte Funkamateure oder qualifizierte Bastler. Technisch und juristisch gibt es für die Spionagedienste keine Hürden; in der DDR ohnehin nicht.

Aber auch in West-Berlin mit seinen alliierten Vorbehaltsklauseln kann, unbekümmert um richterliche oder parlamentarische Kontrollauflagen, drauflos gehorcht werden, freilich nur von den Schutzmächten selbst. Engländer und Franzosen müßten zwar, als Mitunterzeichner der Europäischen Menschenrechtskonvention, einen Spruch des Straßburger Gerichtshofs für Menschenrechte beherzigen, der 1978 die unkontrollierte „allgemeine Überwachung" für rechtswidrig erklärte. Doch sie scheren sich in West-Berlin nicht darum.

Die Amerikaner sind an Europa-Recht sowieso nicht gebunden. Ihrem Lauschzentrum in Berlin-Lichterfelde („Staff for Intelligence"), in dem auch Deutsche arbeiten, wurden Abhöraktionen gegen Berliner Asta-Mitglieder Ende der sechziger Jahre zugeschrieben, ebenso „Agent Reports" über die linke „Extra-Dienst"-Redaktion.

Keineswegs ausgeschlossen ist nach FTZ-Erkenntnissen aber auch eine Privat-Täterschaft. Die „stümperhafte Tonqualität" (Post) der Gesprächsmitschnitte lasse darauf sogar eher schließen als auf ein Manöver der Geheimdienste, bei denen zudem, wenn es sich nicht um eine Indiskretion handelte, nach Ansicht der Ermittler kein rechtes Motiv erkennbar sei. Den Westalliierten konnte in der Tat am Anheizen der Krise in Berlin nicht gelegen sein. Den Ost-Kollegen wiederum bot das Kanzlergespräch so viel auch wieder nicht, daß es gleich die ganze Weststadt hätte erschüttern können.

Gegen die Amateurversion scheint auf den ersten Blick die Annahme zu sprechen, daß ein oder mehrere Bastler binnen einer Stunde — zwischen 11.15 und 12.13 Uhr — ausgerechnet ein zur politischen Situation passendes Toptelephonat und gleich ein zweites Prominentengespräch dazu aufgefangen haben sollen.

Doch bei näherem Hinsehen wird diese Version plausibler. Der Berliner Telephonverkehr mit Bonn läßt sich nämlich in einem bestimmten Frequenzbereich auf der Richtfunkstrecke Schäferberg-Gartow gezielt anpeilen. Damit steigt die Chance, aus den 8000 Berlin-Kanälen ergiebige Dialoge mit Bonn herauszufischen.

Ist das Bonner Wellenbündel erst einmal gefunden — und Gesprächsbemerkungen abgehörter Telephonpartner lassen häufig schnell darauf schließen —, sind dort immer wieder Gespräche zwischen den beiden Städten zu hören. Da auf dieser Richtfunkstrecke in der gesprächsärmeren Zeit gegen Mittag bisweilen nur um die fünfzig Telephonate geführt werden, kann ein Wellenreiter flott auf dem laufenden bleiben.

Vom Zufall der postalischen Computervermittlung hängt dann nur noch ab, ob ein Gespräch über einen schwerer oder leichter abhörbaren Telephonweg läuft. Schwerer abhörbar ist sowohl der Kabelstrang als auch die neue Richtfunkstrecke über die 344-Meter-Masten von Frohnau und Gartow (im extrem kurzwelligen Gigahertzbereich); leichter hingegen die ältere Richtfunkstrecke über Schäferberg und Gartow (im Megahertzbereich).

Da Schmidt und Glotz am fraglichen Freitag mehrmals miteinander telephonierten, können sie das eine Mal sehr wohl auf der leichter zugänglichen Linie Funkamateuren in die Fänge geraten sein. Für diese These spricht auch, daß keins der abgehörten Gespräche von Anfang an aufgezeichnet ist, sondern alle mittendrin anfangen.

Die Ermittlungen reichen, so Staatsschutz-Chef Manfred Kittlaus, „von linksextrem durch die ganze Mitte bis rechtsaußen". So glauben Beamte zu wissen, daß auch Berlins alternative Szene längst über ihre Funktechniker verfüge, „darunter bestimmt Leute mit TH-Ausbildung", so ein Postsprecher. Alle zwei, drei Wochen hält denn auch ein „Radio Utopia" die Berliner Peiltrupps in Atem, etwa mit Werbeprogrammen für Haus-„Instandbesetzer".

Die Alternative Liste kandidiert bei den bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen gegen SPD und FDP. Nicht ausgeschlossen, meint ein Ermittlungsbeamter, daß funktüchtige Sympathisanten sich schon mal auf den Gegner eingestellt haben.

Einen „Zerhacker" im Kanzlerbüro, mit dem Helmut Schmidt das Telephonat zumindest für Amateure, allerdings kaum für Geheimdienste hätte unverständlich machen können, hatte der Kanzler nicht eingeschaltet. Schmidt verabscheut diese Hackerei, weil sie die Stimmen so sehr verfremdet.



Sozialdemokrat Glotz: Kritik am „Kaputt-Kurs"

redner nervte, strich Finanzminister Helmut Schmidt ihm prompt den Etat zusammen; Vogel sprach von Rücktritt.

Auch in der Bundestagsfraktion wuchs rasch die Verärgerung über das „weiß-blaue Arschloch" (Herbert Wehner). Nach Brandts Sturz kam Vogel nur deshalb noch einmal, als Justizminister, ins Kabinett, weil er sich die Unterstützung der rechten „Kanalarbeiter" gesichert hatte.

Doch dann zeigte sich, wie recht der einstige bayrische Ministerpräsident und SPD-Ehrenvorsitzende Wilhelm Hoegner hatte, der einmal über — den Münchner — Vogel sagte: Er habe seinen „Anspruch auf absolute Rechthaberei" nur deshalb entwickeln können, weil er im Rathaus, umgeben von sozialdemokratischer „Mittelmäßigkeit", jahrelang „keinen Widerspruch fand". Wenn der in der Tat „überragende" Mann erst einmal in Bonn eine Zeitlang Politik gemacht habe, würden seine negativen Seiten, so Hoegner, sicherlich rasch „abgeschliffen" werden:

„Er wird lernen, daß man mit seiner eigenen Meinung keine Wände einrennen kann, daß man sich sonst eben den Kopf einstößt. Die Bonner Erfahrung wird Vogel zweifellos gefügiger und kompromißbereiter machen."

Genauso geschah es — Bonner Genossen registrierten bei Vogel einen mählichen Lern- und Wandlungsprozeß. Während er mit Fleiß, Geschick und Sachverstand sozialliberale Rechtsreformen vorantrieb, wuchsen ihm allmählich jene Tugenden zu, deren Fehlen ihn in München hatte scheitern lassen: Gelassenheit und Toleranz.

„Der Vogel von heute ist ein anderer Vogel geworden", findet der Berliner Altsozialist und Ex-Bausenator Harry Ristock. Und selbst der frühere bayrische Juso-Chef Rudolf Schöfberger, der in Vogel vor zehn Jahren einen „zweiten Franz Josef" sah, ist nun überzeugt, dessen politische Wandlung sei „tiefgreifend und dauerhaft".

In Programmdiskussionen über Boden-, Friedens- und Entwicklungspolitik hat sich Vogel den Positionen seiner — ebenfalls moderater gewordenen — linken Gegenspieler von einst angenähert, ohne freilich seine Verbindungen zur SPD-Rechten aufs Spiel zu setzen.

„Der Vogelhansi kann heute weder dem linken noch dem rechten Flügel zugerechnet werden", sagte ein Bonner Abgeordneter, „der gehört jetzt zum Rumpf der Partei." Und solche Einordnung, kalkulierten die sozialdemokratischen Krisenmanager, mache Vogel zur nachgerade idealen Führungs- und Integrationsfigur, auch für die von Flügelkämpfen zerrissene Berliner SPD.

Ohne Risiko wird es gleichwohl nicht abgehen. Auch wenn die Abstimmung im Abgeordnetenhaus diesmal nicht auf Dissidenten schließen ließ — die für die Berliner SPD so typische Lager-Mentalität hat sich nicht über Nacht verflüchtigt. Stobbes gescheiterter Kraftakt hat Wunden geschlagen, die lange schwären; in der Fraktion sitzen fünf abgehalfterte Senatsmitglieder und manch verdrossener Genosse.

Die allerorten wuchernde Filzokratie wird sich auch in der Ära Vogel nicht restlos ausrotten lassen; die Nachrichten zu Lasten der SPD/FDP-Koalition werden sich häufen, wenn der letzte Woche vom Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuß die Garski-Affäre bis ins letzte ausbreitet — das alles er-

laubt Berliner Sozialdemokraten nur die skeptische Zuversicht, daß, wenn überhaupt, allenfalls einer wie Vogel eine mittelfristige Perspektive eröffnen könne.

Der weiß auch, was zu tun wäre: Den Filz könnte er mindern, indem er das Drängen von Senatoren und führenden Politikern nach Aufsichtsratsmandaten in öffentlichen Wohnungsbau- und Kreditunternehmen zügelt. In den hohen Beamtenrängen müßte Leistung, nicht das Parteibuch ausschlaggebend sein für die Karriere. Und der Haushalt ließe sich sanieren, wenn das Fünf-Milliarden-Projekt der Internationalen Bauausstellung, die für 1984 geplant ist, noch mal überdacht würde.

Sein Team hat ohne Frage Qualität. Aus Hamburg holte sich Vogel den Rechtsanwalt Frank Dahrendorf, der von 1970 bis 1978 in der Hansestadt Staatsrat und dann Justizsenator war. Im September 1979 verlor Dahrendorf als einziger Politiker im Zusammenhang mit dem Giftskandal Stoltzenberg sein Amt, wurde aber vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß rehabilitiert; er übernimmt in Berlin das Amt des Innensenators.

Aus Bonn importierte Vogel gleich drei Senatoren:

- ▷ Gerhard Konow, 51, parteiloser Abteilungsleiter für Innere Angelegenheiten im Bundeskanzleramt (Bundessenator),
- ▷ Konrad Porzner, 45, Finanzexperte und Geschäftsführer der SPD-Fraktion (Finanzen),
- ▷ Reinhard Ueberhorst, 32, Energieexperte der Bonner SPD-Fraktion; er leitete die Enquete-Kommission über die zukünftige Kernenergiepolitik (Umweltsenator).

Anke Brunn, 38, Bildungsexpertin und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, die dem linken Parteiflügel zugerechnet wird, übernimmt das Senatorenamt für Jugend. Günter Gaus, 51, tritt für den nach Bonn abgewanderten Peter Glotz die Nachfolge als Wissenschaftssenator an; der ehemalige Journalist, SPIEGEL-Chefredakteur von 1969 bis 1973, wurde 1973 Staatssekretär und 1974 erster Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR.

Olaf Sund, 49, blieb als Sozialsenator ebenso im Amt wie Dieter Sauberzweig, 55, als Kultursenator. Peter Ulrich, 52, wechselte, wie schon Stobbe es vorhatte, vom Innen- in das Bauressort.

Die Freien Demokraten ließen es bei ihren Senatoren Rasch (Schule) und Meyer (Justiz); für den wegen der Garski-Affäre zurückgetretenen Wirtschaftssenator und FDP-Vorsitzenden Lüders schickten sie den ehemaligen EG-Kommissar Guido Brunner in den Senat — er war der einzige, der beim mißglückten Senatsrevirement Stobbes in der Woche zuvor gewählt worden war.

Alle Senatoren verstehen sich auf ihr Fach, und doch wird die Sachkompetenz vorerst zu kurz kommen: Die Vogel-Riege muß, kaum gewählt, Wahlkampf machen — weshalb die CDU angesichts der fälligen Neuwahlen gern von einem „Übergangskabinett" spricht.

Abgesehen davon: So trefflich sich die Vogel-Liste ausnimmt, so gewiß ist auch, daß die neue Stadtregierung stärker beansprucht wird als Kabinette in anderen Bundesländern. Die Hoffnungen, die Vogel selber bei rechten wie bei linken Sozialdemokraten in Berlin geweckt hat, scheinen fast schon überzogen.

Vom Justizpolitiker Vogel (Willy Brandt: „In der Schleyer-Affäre war er das liberale Gewissen der Bundesregierung") erwarten zumal SPD-Linke Geschick im Umgang mit Extremisten, Hausbesetzern und Gewaltdemonstranten. Dem einstigen Städtebauminister wiederum trauen auch rechte Genossen zu, die Wohnungsmisere der Stadt besser als jeder andere SPD-Spitzenmann lösen zu können.

Deutschlands noch immer größte Stadt lebt von Alimenten und muß sich ständig selber vorhalten, „daß der Ruf nach Hilfe nicht stärker sein darf als der Wille zur eigenen Leistungsbereitschaft" (so Vogel-Vorgänger Stobbe). Manche Unternehmen erhielten zwecks Erhaltung von Arbeitsplätzen jahrelang „mehr an Subventionen", als sie „in Form von Löhnen und Gehältern wieder ausschütteten", wie ein Berliner Professor errechnet hat — und alles, alles soll der Vogel ändern.

In der größten Mietskasernenstadt der Welt herrscht größte Wohnungsnot, 80 000 Wohnungssuchende sind registriert. Verschuldete wie unverschuldete Sozialfälle häufen sich. Nahezu jeder vierte Berliner ist Rentner, jeder zehnte Ausländer. In- wie fremdländische Aussteiger richten sich gern ein an der Spree und bereichern die Berliner Alternativ- und Off-Szene. Kiffer und Kokser sind nicht mehr zu zählen, schätzungsweise 6000 Heroinsüchtige hängen an der Nadel. 1979 brachten sich 79 um, im vergangenen Jahr 51.

Da bleibt dem neuen Regierenden Bürgermeister nur übrig, die Erwartungen zu dämpfen. Er weiß aus seiner Oberbürgermeisterzeit, daß die Krisenerscheinungen in den westlichen Großstädten, von der Wohnungsnot über das Drogenproblem bis zu den Ausländergettos, gesellschaftliche Ursachen haben, die kein Kommunalpolitiker beseitigen kann — und sei es „Jochen Superstar" („Die Welt").



Berlin-Problem Wohnungsmisere: Warten auf „Jochen Superstar"

Vor rund zehn Jahren schon, in seinem München-Buch „Die „Amtskette", hat Vogel denn auch die Ansicht amerikanischer Stadtforscher zitiert, bei den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen sei die weltweite „Krise der Städte" gar nicht zu beheben: „Under the present rules of the game no mayor of any central city can win."

Seither hat sich an den Spielregeln nichts geändert.